

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XXI/153

Bonn, den 15. August 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Die Schwächen deutscher Kulturarbeit im Ausland</u>	82

Auch hier ist manches faul
Von Georg Kahr-Ackermann, MdB

3 - 4	<u>Steuerflucht...</u>	87
-------	------------------------	----

... ein der Bundesregierung schon seit Längen bekannter
Krebschaden der deutschen Finanz- und Wirtschaftspolitik

4a	<u>Vor 10 Jahren wurde die KPD verboten</u>	49
----	---	----

Juristisch korrekt, politisch problematisch
Von Dr. Manfred Geßner

5 - 6	<u>"Panik in Whitehall" ?</u>	85
-------	-------------------------------	----

Nach der Regierungsumbildung in England
Von Iritz Segall, London

* * *

Die Schwächen deutscher Kulturarbeit im Ausland

Auch hier ist manches faul

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Ministerialdirektor Luitpold Wenz ist als neu ernannter Leiter der Kulturredaktion im Auswärtigen Amt nicht zu beneiden. So sehr zu begrüßen ist, daß mit seiner Ernennung eine viel zu lang anhaltende Vakanz ausgefüllt worden ist, so sehr wird der neue Mann gleich zu Anbeginn mit Problemen zu ringen haben, die ihm sein Vorgänger in testamentarisch anmutenden Amtshandlungen hinterlassen hat.

Als Konsequenz chronischer personeller Unterbesetzung seiner Abteilung hatte Botschafter Sattler in einem Ende März datierten Erlaß gut und gerne siebzig Prozent der bisher offiziell vom Auswärtigen Amt gehandhabten Aufgaben der auswärtigen Kulturarbeit dem Goetheinstitut übertragen. Damit legte er nicht nur die Mängelheiten vom Tisch, unter denen er und seine Mitarbeiter in ihren siebenjährigen Wirken schier erstickt waren, sondern er folgte auch praktisch dem Beispiel Frankreichs und Großbritanniens, die schon seit Jahren ihren vergleichbaren Aufgabenbereich in der auswärtigen Kulturarbeit privaten Organisationen, nämlich der "Alliance Française" und dem "British Council" übertragen haben. Niemand durfte es laut sagen, aber die auch mehrfach vom Minister Schröder und seinen Staatssekretären gepriesene ausgewogene bundesrepublikanische Speziallösung aus staatlichen und "privaten" Trägern des Kulturaustauschs war zu Grabe getragen worden.

* * *

Die trauernden Hinterbliebenen werden vornehmlich aus einer großen Schar von Kulturreferenten gebildet, deren Arbeit zumindest teilweise überflüssig geworden ist, wenn auch zur Zeit nach außen hin ein gegenteiliger Eindruck erweckt wird.

Aber auch diese Folge hatte Botschafter Sattler im innersten seines Herzens bei seinem Erlaß herbeigewünscht. Seit Jahren hatte er mit ansehen müssen, daß die in der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes betriebene Ausmerzung von Nicht-Karriere-Leuten aus dem Kulturreferentendienst zu einer empfindlichen Kivcausenkung und damit zu einem fühlbaren und wachsenden Nachlassen der Wirksamkeit deutscher Kulturarbeit im Ausland geführt hatte. Diese Entwicklung war durch weitere Praktiken der Personalabteilung - z.B. durch sinnlose Versetzungen von erprobten Kulturreferenten in ihnen sprach- und kulturferne Regionen - gefördert worden. Schließlich hatten die letzten Jahre durch wachsende Administrationsaufgaben und viel zu ge-

ring bemessene Reisemittel zahlreiche Kulturreferenten fast ausschließlich an ihren Schreibtisch gefesselt und sie bestenfalls zu abendlicher Aktivität in der jeweiligen Hauptstadt gedrängt.

* * *

So fehlte zum Beispiel im Jahre 1965 im Kulturreferat der Botschaft in Paris das Geld zum Routinebesuch der französischen Universitäten oder von regionalen Kulturveranstaltungen. Dieser Mißstand im weltweiten Maßstab der deutschen Auslandsvertretungen war inszwischen sogar dem im Geruch übertriebener Knickrigkeit stehenden Inspekteur des auswärtigen Dienstes, Botschafter Wehrstädt, aufgefallen, der kürzlich in einem Gespräch äußerte, er halte im Lichte seiner Erfahrungen die deutsche Kulturarbeit im Ausland für den zur Zeit wichtigsten und zukunfts-trächtigen Zweig unserer Diplomatie. Und für einen Zweig, dessen Exekutoren, nämlich die Kulturreferenten, infolge chronischen Mangels an Sachbearbeitern und Sekretärinnen, zu unfruchtbarer Papierkrieg an ihren Schreibtischen verurteilt seien.

* * *

Zu all dem kommt - auch darüber war Botschafter Sattler sich im klaren - daß heute der Prozentsatz an erstklassigen und für die deutsche Kulturarbeit im Ausland hervorragend geeigneten Leuten unter den Dozenten und Leitern des Goetheinstituts erheblich höher liegt als unter den Angestellten und Beamten des auswärtigen Dienstes, die als Kulturreferenten fungieren. An einer ganzen Reihe von Plätzen liegen die Dinge heute so, daß man mit Blickrichtung auf die Möglichkeiten unseres Kulturaustauschs und die wirklich wichtigen Adressaten schon heute auf den Kulturreferenten angesichts eines oder gar mehrerer tüchtiger Goetheinstituts-Leiter verzichten könnte, wenn ein tüchtiger und wohlmeinender Konsularsekretär die Institute an den Botschaften administrativ und ein aufgeschlossener und nicht an Statusbarrieren hängender Botschafter sie generell unterstützen würde.

Auch wenn der Aufgabenbereich des Kulturreferenten neu definiert und abgesteckt würde, was dringend notwendig ist, könnten etwa 25 - 30 Planstellen für Kulturreferenten eingespart werden, was vielleicht einer qualitativen Verbesserung dieses Dienstzweiges zugute käme.

* * *

Leider sieht man im Auswärtigen Amt gegenwärtig in gegenteiliger Richtung. Anstatt sich des neugewonnenen Handlungsspielraums zu erfreuen und ihn zu nutzen, werden viele Stimmen dem neuen Leiter der Kulturabteilung rater, das alte Abhängigkeitsverhältnis zwischen Botschaft und Kulturinstitut wieder herzustellen, damit jeder Kulturreferent seine Daseinsberechtigung neu erhält. Ministerialdirektor Werz wird gut tun, diesen Ratgebern nicht zu folgen und mutig auf Sattlers Weg fortzufahren.

Steuerflucht...

... ein der Bundesregierung schon seit langen bekannter Krebschaden der deutschen Finanz- und Wirtschaftspolitik

G.M. - Die in Essen erscheinende NEUE RUHR-ZEITUNG hat in ihrer letzten Wochenend-Ausgabe mitgeteilt, die Bundesregierung wolle jetzt die Steuerflucht in die Schweiz bremsen. Im Zusammenhang mit dieser Mitteilung gab die NRZ bekannt, im Bundesfinanzministerium glaube man, daß allein im letzten Jahr rund 820 Millionen DM "schwarz" in die Schweiz abgeflossen und der deutschen Steuergesetzgebung entzogen worden seien. Auch schweizer Zeitungen berichteten über Verhandlungen zwischen der schweizer und der deutschen Regierung, wobei allerdings keine konkreten Zahlen genannt werden.

Eingeweihte Kreise wissen schon lange, daß die halblegale Steuerhinterziehung - nicht nur auf dem Weg über die Schweiz! - einer der großen Krebschäden der deutschen Finanz- und Wirtschaftspolitik ist. Experten schätzen die seit etwa fünf Jahren der Allgemeinheit in Deutschland vorenthaltener - oder besser gesagt - g e s t o h l e n e n DM-Beträge auf ca. 3 bis 4,5 Milliarden DM.

Natürlich ist hierbei nicht nur die Schweiz angesprochen; auch Frankreich, Italien und besonders Spanien gelten heute als Fluchtländer für deutsches Kapital. Man braucht sich nur einmal die Wochenend-Ausgaben großer überregionaler deutscher und ausländischer Zeitungen mit Angeboten für Grundstücks- und Häusererwerb anzusehen.

- * Aus privater Quelle wissen wir, daß allein in e i n e m schweizer Kanton im Jahre 1963/64 rund 1 700 deutsche Bundesbürger Grundstücke zu einer Preis von 80 bis 120 DM pro Quadratmeter e r s c h l o s s e n e s Gelände erworben haben.

Da es sich bei den Käufern dieser Baugrundstücke meist um Leute handelt, die in Deutschland selbst schon Grundstücke und Häuser besitzen und die neu erworbenen Grundstücke im Ausland lediglich zum Bau eines "Paradieshauses" benötigen, kann man sich ungefähr vorstellen, auf welchem Wege sie das für den Grundstückserwerb im Ausland benötigte Geld den deutschen Finanzämtern hinterziehen. Zum Teil werden im Ausland sogenannte Briefkastenfirmen gegründet, zum Teil wird aber auch

einfach das der deutschen Steuerbehörde unterschlagene Gold direkt im Ferienkoffer mitgenommen und im Ausland - natürlich unter Wahrung des Bankgeheimnisses - angelegt.

Das Übelste an der ganzen Geschichte ist jedoch, daß der Bundesregierung diese Machenschaften schon seit langem bekannt sind, daß aber trotzdem nichts Ernsthaftes unternommen wurde, um dem großangelegten Steuerbetrug Einhalt zu gebieten. Sollte jetzt zwischen der Bundesrepublik und der Schweiz ein Abkommen erzielt werden, dann wird sich das wohl in den meisten Fällen nur auf künftige Fälle von Steuerflucht auswirken, nicht aber auf die Betrügereien in der Vergangenheit.

- * Es wäre eine dankenswerte Aufgabe für die zuständigen Ausschüsse
- * des Bundestages, hier einmal kräftig hereinzuleuchten und vor al-
- * len zu klären versuchen, warum die Bundesregierung nicht schon
- * vor Jahren diese Krebskrankheit der deutschen Finanz- und Steuer-
- * politik ernsthaft bekämpft hat. Denn: Lohn- und Gehaltsempfänger,
- * aber auch kleine und mittlere Landwirte, Geschäftsleute und Gewer-
- * betreibende kommen im großen und ganzen zwar stöhnend, aber doch
- * reell ihren Steuerverpflichtungen nach. Die Anzahl der Personen
- * in der Bundesrepublik, die in der Lage sind, innerhalb eines Jah-
- * res rund 800 Millionen DM "schwarz" auf die Seite zu bringen,
- * ist relativ klein und hätte deswegen verhältnismäßig einfach er-
- * faßt werden können.

Das hat man jedoch nicht getan. Im Gegenteil, schon zu Zeiten, als der jetzige Bundeskanzler noch Bundeswirtschaftsminister war, hat man den sogenannten freien Kapitalfluß über die Grenzen Deutschlands hinweg einerseits als eine Art Kardinalsdelikt betrachtet, andererseits aber auch mit der kühnen Behauptung gerechtfertigt, es handele sich hierbei um einen konstruktiven Beitrag zur Liberalisierung des internationalen Devisenverkehrs. Daß bei dieser Gelegenheit Milliardenbeträge, die für den Bau von Straßen, Schulen, Krankenhäusern und die Bewältigung von anderen Gemeinschaftsaufgaben notwendig gewesen wären, durch die Lappen gegangen sind, scheint diese Bundesregierung nicht besonders gestört zu haben. Jetzt soll das Loch zuge-
macht werden, jetzt, da die Mark in allen Fugen kracht.

Man sagt immer, regieren bedeute vorausschauen. In Bonn scheint der Grundsatz zu gelten: Regieren heißt hinterher weinen.

Vor 10 Jahren wurde die KPD verboten.

Von Dr. Manfred Geßner

Als das Bundesverfassungsgericht die KPD vor 10 Jahren, am 17. August 1956, für verfassungswidrig und aufgelöst erklärte, war der Schlußstrich unter ein Verfahren gezogen worden, das im In- und Ausland lebhaftes Interesse gefunden hatte. Dass die Kommunistische Partei auf den Sturz unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung hinarbeitete, darüber bestand kaum ein Zweifel. Auch die Vertreter der KPD gaben in den mündlichen Verhandlungen zu, dass die von ihr angestrebte "Diktatur des Proletariats" im Widerspruch zum Grundgesetz stehe. In der Urteilsbegründung des Gerichts wurde daher u.a. hervorgehoben: "Es ist nicht denkbar, den Wesenskern des Grundgesetzes (Würde, Freiheit und Gleichheit der Person) aufrechtzuerhalten, wenn eine Staatsordnung errichtet würde, bei der die Prinzipien der Diktatur des Proletariats allein Geltung haben. Sozialrechtsstaatliche Demokratie, Mehrparteiensystem und Recht auf Opposition, geistige Freiheit und Toleranz, geduldige Reformarbeit und fortwährende Auseinandersetzung mit anderen grundsätzlich als gleichberechtigt angesehenen Überzeugungen stehen in unvereinbarem Gegensatz zur Diktatur des Proletariats".

Die Richter in Karlsruhe haben es sich nicht leicht gemacht. Die in einer Demokratie um die Macht im Staate ringenden Parteien müssen Gewissheit besitzen, dass ihre Existenz nicht durch Verbot oder Unterdrückungsmaßnahmen bedroht ist, wenn politische Gegner im Parlament stärker werden oder an der Regierung beteiligt sind. Toleranz der Parteien auf Gegenseitigkeit ist ein unabdingbares Prinzip für eine demokratische Verfassung und der in ihr verbrieften Freiheiten. Das Vorgehen der kommunistischen Parteien im Ostblock und für uns in besonders drastischer Weise das der SED in Mitteldeutschland beweist, dass von Kommunisten dieser Grundsatz zertreten wird. So gesehen war das Karlsruher Urteil ein juristischer Akt der Notwehr gegen eine politisch ferngesteuerte Sekte.

Doch gerade ihr schlechtes Abschneiden bei den Wahlen, ihre ständige Diskreditierung durch das Ulbrichtregime sowie das fehlende Fundament in der Bevölkerung, insbesondere in der Arbeiterschaft, warfen schon lange vor dieser juristischen Entscheidung die Frage auf, ob die politische Auseinandersetzung mit der KPD einer verfassungsrechtlichen Behandlung nicht besser vorzuziehen sei. Die SPD hat seinerzeit die Einreichung der Klage der Bundesregierung für falsch gehalten. Durch das Verbot wurden die Kommunisten vor weiteren Wahlniederlagen bewahrt. Der Weisheit wäre immer wieder vor Augen geführt worden, dass die Bürger der Bundesrepublik mit ihnen nichts zu tun haben wollen. Wer will bestreiten, dass dies auch eine Unterstützung des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik für ganz Deutschland bedeutet hätte? Die KPD, nunmehr endgültig im Untergrund, versuchte ihrerseits Kapital aus der angeordneten Auflösung zu ziehen und tat alles, um sich selbst an das Kreuz des Märtyrers zu schlagen.

Genau betrachtet hat die Bundesregierung durch die Priorität verfassungsrechtlicher Schritte den politisch notwendigen Kampf mit dem Kommunismus auf deutschen Boden auf eine juristische Ebene gestellt. Ob das als der Weisheit letzter Schluss betrachtet werden kann, ist sehr problematisch.

"Panik in Whitehall"?

Nach der Regierungsumbildung in England

Von Fritz Segall, London

Wer während des Urlaubs ein paar Wochen deutsche Zeitungen mit Berichten aus England gelesen hat, musste befürchten, dass - zumindest in London - alles drunter und drüber geht. So ging es mir. Deshalb unterrichte ich mich sofort mit dem früheren Deutschlandminister John Hynd, der noch vom Altbundeskanzler Adenauer mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern ausgezeichnet wurde, und von dem in Kürze eine Bildbiographie über den Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, im Lincolns-Prager Verlag, London, erscheint.

Noch vor der Unterredung las allerdings der Rückkehrer eine konservative Zeitschrift "Spectator", die auf ihrer Titelseite eine Balkenüberschrift "Panic in Whitehall" trägt. In dem auf folgenden Leitartikel der vorletzten Woche bemerkt das Blatt: "Mr. Wilsons Blindheit und Halsstarrigkeit hat dem Land schon genug gekostet. In den nächsten 12 Monaten werden Gesetze auf ökonomischen, politischen und sozialen Gebieten veröffentlicht, die für viele Jahre ihre Narben hinterlassen werden". Man fragt sich also, ob die deutschen Pressevertreter, in ihrer Mehrzahl garnicht so Unrecht hatten mit ihren Berichten. Aber immer mit der Ruhe: diese Berichte stimmen genau so wenig wie der erwähnte englische Artikel, aus dem wohl mancher Korrespondent seine Weisheit schöpfte.

Defizit schon halb zurückgezahlt

Bevor John Hynd die wirtschaftliche und politische Situation in ihren Einzelheiten besprach, gab er eine generelle Antwort, die einleuchtend genug ist. "Natürlich", sagte er, "sei in der ökonomischen Situation im Verlauf der letzten Zeit eine Verschlechterung eingetreten, die jedoch den englischen Wirtschaftsfachleuten nicht überraschen kann. Trotzdem hat die Regierung von dem Defizit der Konservativen, das die schlechte Wirtschaftslage überhaupt einleitete, von etwa 800 Millionen Pfund bereits über die Hälfte, rund 36 Millionen DM zurückzahlen können. Die Produktion hat eine solche Steigerung erfahren, wie sie seit Ende des Krieges unter den Konservativen nie erreicht wurde. Der Export wurde verdoppelt; Löhne und Gehälter, also die soziale Lage aller Teile der Bevölkerung, wurden von dieser Entwicklung so beeinflusst, dass der Lebensstandard eine noch vor wenigen Jahren nie geahnte Höhe erreichte, zumal selbst die Erzeugung in der Landwirtschaft eine Verdoppelung erfuhr".

Nationalisierung

Die Übernahme der Stahlindustrie in die öffentliche Hand, von der vorläufig 13 der grössten Firmen erfasst werden, wird der Labour Regierung oft zum Vorwurf gemacht, weil sie jetzt etwa 600 Millionen Pfund kosten wird, nachdem der Kaufpreis von der Regierung, entgegen einer früheren Zusage, erheblich vermindert wurde. Harold Wilson hält auch an diesen Massnahmen fest, nicht etwa weil er von der linken

Labourecite gepresst wird, sondern weil die Partei des Tories in ihrer 13-jährigen Regierungszeit verabsäumte, der Industrie notwendige Subventionen zu geben, um eine Modernisierung ihrer Betriebe durchzuführen, die immer dringender wird, um im internationalen Maßstab konkurrenzfähig zu bleiben.

Wilson führt

Der Regierungschef, der heute noch eine solche Zusage geben kann und er ist auch unter seinen Gegnern dafür bekannt, dass er sie unter allen Umständen hält, kann wohl nicht annehmen, dass sich in seinem Lande eine so abnormale Wirtschaftssituation ergibt, dass sie nicht mehr zu retten wäre, zumal er als einer der besten Wirtschaftsfachleute gilt, der nicht nur von seiner eigenen Partei, sondern auch von so vielen seiner Gegner anerkannt wird. Daher konnte eine kürzlich vorgenommene Meinungsbefragung folgendes Resultat bringen: Die Labour Party führt im ganzen Lande immer noch mit einer Mehrheit von 7%. Wilsons Popularität ist erwartungsgemäss gesunken, Oppositionsführer Heath erlitt jedoch eine weit schwerere Niederlage. Seine Popularität liegt tief unter der Beliebtheit von Wilson. Sie liegt noch unweit dem Resultat, das sein Vorgänger Douglas-Home einstecken musste.

Die wirklichen Ursachen der Schwierigkeiten

John Hynd äusserte sich auch zu den wirklichen Ursachen der Wirtschaftskrise. Der bisher steigende Lebensstandard macht es der Bevölkerung möglich, viel mehr Geld für nicht lebensnotwendige Anschaffungen auszugeben, die auf Abzahlungen erworben werden und zum erheblichen Teil aus dem Ausland kommen und mit Devisen bezahlt werden müssen. Dieser Import muss solange gestoppt werden, bis er durch Erhöhung der Produktion einen grösseren Export ermöglicht. Nicht etwa die menschliche Arbeitskraft, sondern die langsame Mechanisierung der Betriebe machte eine Steigerung unmöglich, der Seemannsstreik war ein unbedeutender Faktor, wenn er sich auch auswirkte. Eine der fühlbarsten Sorgen der Regierung bildeten die Währungsmassnahmen des französischen Staatspräsidenten, die nunmehr auch in den Vereinigten Staaten und in Europa spürbar sind.

Gesunde Wirtschaftslage

Grossbritannien ist der Mittelpunkt der Sterling-Krise, in der die Krise zuerst zum Ausbruch gelangte. Sie beeinflusste die Regierung auch zu einer Erstarrung auf dem Gebiete der Stationierungskostenfrage, die von allen Teilen der Bevölkerung in dieser Frage gestützt wird. Bonn hoffte zwar auf eine Verzögerung der Verhandlungen, um die Entscheidung zu vertagen, den Abzug der Truppen zu verhindern. Diese Hoffnungen dürften sich kaum erfüllen.

Hynd kann zu recht behaupten, dass die Ökonomie grundsätzlich auf einer gesunden Basis ruht. Diesen Standpunkt vertritt nicht nur der TUC, die Dachorganisation der Gewerkschaften, behaupten nicht nur die einzelnen Vorstände der gewerkschaftlichen Verbände, und der grösste Teil der Trades Union Gruppe innerhalb der Parlamentsfraktion.